

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortl. Redakteur für den Teil Ostfalen und Provinzialleser Carl Wendemuth, für die Inlerate Rudolf Koganzki, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 Mark ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inseratpreis: Die 7. Zeile, Kolonnenbreite 20 Pfennig, Inlerate a. auswärts 25 Pfennig, im Restamtteil Seite 75 Pfennig. Verlags u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungserlöste Seite 411.

Nr. 53.

Halle, Montag den 4. März 1918.

2. Jahrgang.

## Der Friede mit Rußland unterzeichnet!

Die neuen Friedensverhandlungen des Bundes mit Rußland wurden in einer Vollversammlung unter Vorsitz des Generalen von Rosenburg am Sonntagvormittag in Breslau eröffnet. Der Vorsitzende schlug vor, zur Regelung der politischen Fragen einen gemeinsamen Vertrag der Verbündeten mit Rußland abzuschließen; die wirtschaftlichen Abmachungen und die rechtlichen Fragen teils in Anlagen zum Hauptvertrag, teils in Zusatzverträgen für jeden einzelnen der Verbündeten getrennt zu erledigen.

Herr Sokolnikow, der Führer der russischen Delegation, erklärte sich hiermit einverstanden, worauf in die sachlichen Verhandlungen eingetreten wurde.

Der Vorsitzende übergab Herrn Sokolnikow einen von den Verbündeten gemeinsam aufgestellten Entwurf des politischen Hauptvertrages unter eingehender Darlegung der einzelnen vertraglichen Bestimmungen. Ebenso wurde der russischen Delegation von den Vertretern der vier verbündeten Mächte Entwürfe für die wirtschaftlichen und rechtlichen Abmachungen mit entsprechender Erläuterung mitgeteilt.

Die russische Delegation befreit sich ihre Stellungnahme zu den einzelnen Punkten vor, bis ihr das Material in feiner Gesamtheit vorgelegt sei. Nachmittag nahmen die Verhandlungen ihren Fortgang.

Nach einer Neumitteilung aus Petersburg telegraphierte der Führer der russischen Delegation an Lenin, daß die Delegation beschlossen habe, den Vertrag ohne Prüfung der verschiedenen Klauseln zu unterzeichnen, da die Deutschen sich weiterten, die militärischen Operationen bis zur Unterzeichnung des Vertrages einzustellen.

Über den weiteren Verlauf der Verhandlungen fehlen spezielle Nachrichten noch; doch meldete gestern Sonntagabend 6 Uhr Wolffs Telegrammbureau am Mittwoch in Berlin:

**Der Friede mit Rußland ist heute 5 Uhr nachmittags unterzeichnet worden.**

Infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland sind die militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.

## Japans Invasion in Sibirien.

Unter dem Vorwand der sich immer mehr ausbreitenden Bolschewiki-Propaganda und der zunehmenden Unruhen schickte die Japaner vornehmlich größere Truppenmassen nach Wladivostok, wo von aus sie sich stets weiter nach dem Westen ausbreiten. Garbin ist mit chinesischen und japanischen Truppen angefüllt. Die Banken, großen Handelsbetriebe und Betriebe sind mit japanischen Truppen besetzt. Längs der Eisenbahnlinie liegen auch chinesische Patrouillen.

An der so schwer durch die Kämpfe mit der Bolschewiki besetzten Stadt Irkutsk, die unbedingt als das nächste Ziel nach Wladivostok auszuweisen worden ist, sammelt es von japanischen Offizieren und besetzten Soldaten. In den großen von Engländern und Franzosen gehaltenen Bergwerken sind große Mengen von Wagnern und Werten. In den Bergwerken, die meistens den Japanern gehören, wurden Bomben und Handgranaten angefaßt. Die in der Stadt beschäftigten Arbeiter sind durchweg chinesische und japanische Soldaten in Zivil.

Ein gut unterrichteter Diplomat schreibt im Daily Chronicle, in Japan sei die Stimmung offenbar sehr für eine Intervention, gleichgültig ob die Alliierten damit einverstanden seien oder nicht. Durch den Vertrag Englands mit Japan sei dieses der anerkannte Hüter von Recht und Ordnung im fernem Osten. Das gebe ihm das Recht einzuschreiten. Jede Intervention der Vereinigten Staaten bei dieser Intervention würde von der öffentlichen Meinung in Japan als ein Beweis von Willkür aufgefaßt werden. Man könne dem Umfang der bevorstehenden Intervention nicht von vornherein künftige Grenzen ziehen, denn er werde von der Entwicklung der Ereignisse abhängen. Japan kämpfe nicht gegen Rußland. Die Teile Sibiriens, die noch nicht unter dem Einfluß der Bolschewiki ständen, würden die neue Politik als notwendig dafür, daß die Alliierten sie nicht im Stiche lassen, hundertfach begrüßen.

Aus Washington wird gemeldet: Nach einer Konferenz zwischen Lansing und Lord Reading ist der japanische Vorschlag zu einem beschränkten Eingreifen in Ostasien geteilt. In Anbetracht der Vereinigten Staaten bestritten werden. Zu einem definitiven Beschluß ist man jedoch nicht gekommen. Der Gedanke, auszuweichen soll jedoch einen günstigen Verlauf nehmen. Wilson befürwortet sich eigentümlich mit dem japanischen Vorschlag. Es verleiht, daß das Resultat vielleicht die eine oder andere Nebenwirkung internationaler Art sein werde um zu verhindern, daß die transsibirische Eisenbahn und die reichen Vorräte in Wladivostok in die Hände Deutschlands fallen.

Von den englischen Bestimmungen seien folgende bezeichnet: Daily News ist offenbar bemutigt, und warnt vor neuen Geheimverträgen über Kompensationen, die nichts als Eroberungen seien. Auch protestiert das Blatt dagegen, daß man Japan gegenüber auf Prinzipienfragen verzichten wolle, wie dies ein französisches Blatt verlangt, nur damit Japan mit Truppen eingreife. Morning Post möchte gern, daß Japan Deutschland im Osten angreife, denn eigentlich hätte man nicht gegenüber als die geographischen Verhältnisse. Alles, was Japan in der Westküste und im Sibirien zum Schutze seiner Interessen tue, sei gerechtfertigt, wenn Deutschland nicht gefangen werde. In der Daily News äußert sich ferner der russische Journalist Jarbmann: Was auch die Pläne Japans und seiner englischen und französischen Helfer sein mögen, die Japaner werden in Rußland als Feinde und nicht als Freunde aufgenommen werden.

## Auch Rumänien will Frieden schließen.

Am Sonntagabend lief noch folgendes Telegramm des Wolffschen Bureaus ein:

Aus Bukarest wird uns mitgeteilt, daß die Rumänen sich auf den Boden der vom hierüber vorgelegenen Verhandlungsgrundlage gestellt haben und Vertreter zur Beratung über den Friedensschluß entsenden werden.

Die von den Mittelmächten gestellten Bedingungen sind folgende: Abtretung der Dobrußja und Grenzberichtigung an der ungarischen Front.

Nach Jassyer Berichten, setzt König Ferdinand in Abwesenheit volles Vertrauen, ein auskömmliches Verhältnis mit den Nachbarstaaten zu erreichen und Rumäniens wirtschaftliche Zukunft auf solche Grundlagen zu stellen. Ob das Parlament zur Kenntnisnahme des Ergebnisses der Friedensverhandlungen für Ende des Monats einberufen wird, dürfte sich noch diese Woche entscheiden.

Die Entente ist natürlich eifrig bemüht, den Friedensschluß mit Rumänien zu hintertreiben. So meldet der Pariser Matin, daß die Alliierten in der letzten Woche dem König von Rumänien die an Rumänien gegebenen territorialen Zusicherungen erneuert haben unter der Voraussetzung, daß Rumänien einen Friedensschluß mit dem Feinde ablehne. Der König habe jedoch die Gelobten an seinen Ministerpräsidenten durchfallen und damit jenseitige Übereinstimmung mit den Friedensbestrebungen bewiesen. Die Entente fühle sich dadurch ihrer politischen und militärischen Verpflichtungen entbunden.

Welcher Art die den Rumänen gegebenen Versprechungen waren, zeigt u. a. der vom Manchester Guardian am 8. Februar veröffentlichte rumänische Geheimvertrag, durch den Rumänien das Recht zugewandt wurde, der Vertrag mit Rumänien ganz Ungarn innerhalb des Gebietes, das begrenzt wird von der Theis, der Donau und dem Pruth.

Aus Stockholm wird noch gemeldet: Am Gegenstand zu den umfangreichen Gerichten über die japanische Intervention in Ostasien zur Befreiung des wachsenden deutschen Einflusses nimmt ein neuer in London ausgearbeiteter Plan bestimmtere Formen an. Danach soll eine Kolonne von 25-30.000 Mann, die aus amerikanischen, japanischen und britischen Truppen besteht, in Wladivostok landen und längs der sibirischen Eisenbahn nach Osten vorrücken, bis die Hauptstellen Sibiriens bis zum Ural gesichert werden. Diese Aktion werde amösig im Namen der neuen sibirischen Republik gesehen.

Als nächste Folge der ententistischen Absichten in Sibirien sind der Bolschewiki der Vereinigten Staaten, des amerikanischen Militärmissionen und die Vertreter des Roten Kreuzes bereits am 27. Februar aus Petersburg abgereist. Ebenso haben die Bolschewiki Frankreichs und Englands Vorschläge verlassen und sich zunächst nach Helsinki begeben. Die französischen Konsulate in Rußland berichten bis auf weiteres noch über amfällige Besuche. Derzeit ist noch keine neutrale Macht zum Schutz der russischen Interessen ausgerufen. Man erwartet die Vordränge des auf der Heimreise befindlichen Bolschewiki-Monks.

## Rein neues Friedensangebot an die Westmächte.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Überschrift: Mein neues Friedensangebot:

Die Londoner Morning Post läßt sich melden, daß in Washington von einem neuen deutschen Friedensangebot die Rede sei. Deutschland möchte sich mit Frankreich, England, Frankreich abtreten, einem Liebesentkommen wegen Belgiens, Serbiens und des Schandensackes an Frankreich aufhaken, würde aber die Bedingung stellen, daß es die Weste im Osten befehlen dürfe. In Washington wäre man nicht abgeneigt, ein derartiges Angebot anzunehmen. Hierzu bemerkt die Nordd. Allg. Ztg.: Das letztere gläubt wir gern, in London und namentlich in Paris wäre die Geneigtheit vermutlich ebenso groß, denn das Weltmaß auf Seiten Rußlands über eigenen Kriegsgelände überredet machen, noch sogar sein. Sie haben aber im Osten nichts zu verhandeln und müßten die Regelung des nachfolgenden Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland schon den Beteiligten überlassen.

Wenn die Werbung der Morning Post nicht etwa bestimmt sein sollte, die Hoffnungen der Franzosen auf Erfolgstrümpfen für die bevorstehenden trüben Zeiten aufzutreiben, so müßte es völlig als politischer Irrsinn bewertet werden.

## Blutige Vorgänge in Petersburg.

Stockholm, 3. März. (Z.M.) Die Unruhen, die in verschiedenen Stadtteilen Petersburgs ausgebrochen sind, aber sofort wieder unterdrückt wurden, nahmen am Sonntag den Charakter von Mordanschlägen an. Eine untauglichbedingte Menge sog nach dem Smolny-Institut zu, wurde aber an der Ecke des Wladimir-Brodes und der Fußstufen von einer Abteilung der Roten Garde empfangen und zum Rückzug aufgefordert. Als die Menge der Aufregung nicht Folge ließte, wurde eine Gewehrpatrone abgefeuert. Mehrere Personen wurden getötet, darunter auch ein Mitglied der Konstituante.

## Der Ostfriede und die Friedensresolution des 19. Juli.

J. R. In seiner Rede zur Rechtfertigung der Politik der Reichstagsmehrheit sagte Erzberger, der Friede, wie er jetzt im Osten geschlossen werde, liege durchaus im Rahmen der Reichstagsresolution vom 19. Juli. Das befreite Graf Reventlow in der Deutschen Tageszeitung und der alte Jolly in der Post mit großer Entschiedenheit. Gerade die Art, wie man im Osten wirklich zum Frieden gekommen sei, sei der totale Bruch des „Verständigungsrumms“; es handle sich um einen echten und rechten Machtfriede, um das gerade Gegenteil der Verzichtete der „Hungerfriedensmehrheit“. Und so geht es fort in befannter Sitone.

Im sozialdemokratischen Lager wird man vielfach geneigt sein, in diesem Falle Erzberger unrecht und Jolly recht geben. Denn der Vorstellung, die wir uns vom Zustandekommen eines Verständigungsfriedens gemacht haben, widerspricht natürlich das letzte deutsche Ultimatum an die Räteregierung in der denkbare scharffinnige Weise. Alle Rundgebungen der Reichstagsregierung lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur unter dem Zwang der äußeren Not, im Zustand völliger Wehrlosigkeit die deutschen Bedingungen annimmt, und weit davon entfernt ist, sie als einen gerechten Ausgleich der Interessen zu betrachten. Es wäre müßig, den Russen einreden oder gar ihr Zeugnis dafür erzwängen zu wollen, daß sie jetzt in Streit mit uns einen ehrlich demokratischen Verständigungsfrieden abschließen.

In diesem Sinne widerpricht der Friedensschluß im Osten durchaus den sozialdemokratischen Wünschen, und daher rühren die Bedenken, die von vertriebenen Rednern der Partei im Reichstag gegenüber diesem Abschluß des Krieges im Osten nachdrücklich herangezogen worden sind.

Gleichwohl hat auch Erzberger nicht ganz unrecht, denn erzwungene Gebietsabtretungen selbst selbst dieser Art sind ausgenommen Friede nicht vor. Weber Polen, nach Litauen, weber Ostland, nach Ostland, nach gar Finnland lassen dem Deutschen Reich etwa in der Weise einverleibt werden, wie 1871 Elsaß-Lothringen als Reichsland annektriert worden ist. Vielmehr sollen die Bewohner aller der genannten Länder sich selbst eine Regierung wählen, und zwar nach demokratischem Wahlrecht, und diese Regierung soll dann, falls sie willig, völkerrrechtliche Verträge mit dem Deutschen Reich über Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und irgend welche anderen staatsrechtlichen oder militärischen Gemeinschaften abschließen. In deutschen Epochenbüchern hat man nun in den letzten Tagen eifrig erörtert, ob Litauen für einen jungen Bräutigam aus Sachsen oder den Herzog Ulrich von den katholischen Württembergern zum König nehmen wird. In Wahrheit darf das nur von den Litauern abhängen, und wenn sie klug sind, verzichten sie auf den einen wie den anderen. Deutschland hat am Export deutscher Fürsten für fremde Throne so wenig Interesse, wie etwa für die Frage, ob der hochzuherrliche Ferdinand den Königstron von Rumänien behält oder nicht. Gerade das rumänische Beispiel hat mit großemmer Deutlichkeit gezeigt, daß irgendeine Sicherheit für die deutschfreundliche Haltung eines anderen Staates dadurch nicht geschaffen wird, daß man dort einen deutschen Fürsten auf den Thron setzt.

Nach dem Friedensvertrag behält oder durch ihn erhält er recht der Reichstag die Möglichkeit, darüber zu wachen, daß die Bewohner der Ostprovinzen und Litauens sich ihre staatliche Verfassung selbst geben und in ihrem Selbstbestimmungsrecht nicht weiter beeinträchtigt werden als vorhandene deutsche wirtschaftliche Rechte gestatten. Von einer Anexion dieser Gebiete für Deutschland oder ihrer Kriegsbrandstiftung kann christlicherweise also nicht die Rede sein.

Man wird die Russen nachempfinden können, daß sie nicht gern auf ein Gebiet verzichten, das doppelt so groß ist wie Deutschland und 50 Millionen Einwohner zählt; ein Gebiet, das bisher zum russischen Reich gehörte und von dessen staatlicher Neuordnung die Russen jetzt gänzlich ausgeschlossen sein wollen. Aber es handelt sich bei diesem Gebiete auch nicht um das kleinste Stück Land, in dem Russen wohnen; es handelt sich nicht um Wälder, die heute etwa den dringenden Wunsch hätten, weiter in engerer staatlicher Gemeinschaft mit Rußland zu bleiben, und gleichwohl jetzt getrennt von ihm losgerissen würden. Es unterliegt vielmehr keinem Zweifel, daß die Wehrheit der Polen, Ukrainer, Finnen, Esten, Letten und Litauer die Erringung der staatlichen Selbständigkeit durchaus begrüßt. Die Erringung ihrer eigenen Nationalstaaten behält die Russen den Weg zu einem bedeutenden kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg. Der Neuaufbau ihres wirtschaftlichen Lebens getrennt von Großrußland wird bei ihnen und bei diesem nicht ohne Schwierigkeiten von ihnen gehen. Aber die Wiederherstellung der Friedensschluß nach diesem ungequ coasten oder Strige wird überall so ungebührliche Schwierigkeiten bieten, daß die staatliche Vereinigung oder Lösung dabei nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Geht es daher, den Vändern der von Rußland losgerissenen Fremdbestimmungen ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht zu geben, so läßt sich die Lösung der Landfragen im Osten trotz ihrer gewaltigen Form sehr wohl mit der Erklärung vereinigen, daß uns nicht Eroberungstreit treibt, daß Deutschland nicht auf gewaltsamem Handverweh und gezungemere Kriegsentwicklungen ausgeht.

Im übrigen steht es um die Friedensresolution vom 19. Juli gut; sie soll ein Mittel zur sofortigen Beendigung des Krieges sein; sie bietet deshalb statt der Fortführung des Kriegesprozesses einen christlichen Vergleich an. Gingen die Feinde auf dieses Angebot ein, so könnten

inogen die Friedensverhandlungen beginnen, und die neuen jurchbaren Offenheiten bleiben den Völkern erspart. Wenn aber die Feinde weiter wie bisher alle Verhandlungen mit der Verweigerung erklären, so ihre einzige Aufgabe sei die energiefeste Fortsetzung des Krieges, dann kommt über den Vergleich nicht zu sprechen, und die Weltgeschichte spricht später eher früher ihr Urteil. Auf dieses Urteil auszuwarten wie es will, es kann nicht bemessen, daß der Vergleichsverzicht nicht oder unangebracht gewesen ist. Selbst der einseitige Friede ist keine Abwertung des Bemühens, den Krieg schon Monate früher zu beenden.

## Sachsens Interesse im Osten.

Als die Zentralmächte die Selbständigkeit Bolens verweigerten, erlaubte sich der inwärtigen verlorbene bekannte sächsische Politiker Geheimrat Otto von Scherz, daran zu erinnern, daß Polen während seiner Selbständigkeit für kurze Zeit mit dem sächsischen Königshaus durch Veronalion verbunden war. Dagegen die Ansicht ausdrücklich abgelehnt wurde, so war es doch die zweifelhafte Ansicht des verstorbenen konservativen Politikers, im Bedarfsfälle das sächsische Königshaus bei der Lösung der politischen Thronfrage in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es soll damals auch dem Bruder des Königs August, dem Prinzen Johann Georg, die politische Königstrone angeboten worden sein. Er soll aber das Angebot sofort abgelehnt haben. Wenn Otto die Entwicklung der Dinge in Polen hätte erleben können, würde er wohl selbst den Gedanken, das sächsische Königshaus von neuem mit der polnischen Krone in Verbindung zu bringen, aufgegeben haben. Um so auffälliger machen sich jetzt Bemerkungen hiesiger, das sächsische Königshaus mit einem sächsischen Vizekönig in Verbindung zu bringen. Zu diesen Kreislagerungen ließ sich vor einigen Tagen das Ministerium des Auswärtigen in der amtlichen sächsischen Staatszeitung vernehmen:

Die in der Deutschen Zeitung vom 23. d. M. enthaltene Nachricht, daß das Königreich Sachsen im Bundesrat den Antrag auf eine engere Verbindung mit dem sächsischen Königreich gestellt habe, ist unzutreffend. Die Erwägungen über die Zukunft Polens sind auf andere Stellen noch in der Schwebe. Sollte im weiteren Verlauf dieser Erwägungen eine engere Verbindung mit dem sächsischen Königreich im Interesse der Reichspolitik und des sächsischen Staates liegen, und sollte deshalb ein entsprechender Vorschlag an die kaiserliche Staatsregierung gelangen, so würde die Regierung zu prüfen haben, ob die aus einer solchen Verbindung für das Königreich Sachsen entstehenden Opfer zum Wohle des Reiches zu bringen sind.

Aus dieser halbamtlichen Verlautbarung ist jedenfalls zu erhellen, daß tatsächliche Verhandlungen in der angeordneten Richtung im Gange sind. Und zwar soll dem Prinzen Friedrich Christian, dem zweiten Sohne des Königs, die Rolle des Kronertragers von Polens zugeordnet sein. In konservativen Kreisen soll aber auch der Plan erwohnen werden, nach dem früheren polnischen Beispiele das geplante Königreich Polens durch Annexion mit dem sächsischen Königreich zu verbinden, b. h. die litauische Krone zum König von Sachsen zu übertragen, womit man ein enges wirtschaftliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und besonders dem industriellen Sachsen glaubt herstellen zu können.

Der Gedanke, wirtschaftliche sächsische Interessen durch eine Verbindung des sächsischen Königshauses mit der litauischen Krone zu fördern, findet in der Geheimen Allgemeinen Zeitung eine gerade formale Begründung. Bei der Regelung eines Schiedsgerichts im Osten ist, heißt es da, auch die Frage einer Machterweiterung Preußens aufgetaucht. Mit einer solchen hätte sich Sachsen zum rein deutschen Standpunkte befinden können. Dies hätte sich aber geändert, als neben Preußen auch Bayern eine Erweiterung seiner Interessensphäre nach Westen (1) ins Auge gefaßt habe. Jetzt habe Sachsen nicht mehr in der Rolle eines unbeteiligten Dritten verharren dürfen, sondern mußten ebenfalls seine Machterweiterungsansprüche geltend machen müssen. Zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen Sachsen um so mehr berufen, als es durch die überlegene Stellung seiner Industrie einen wesentlichen Machtfaktor innerhalb des Reiches darstelle und daher im Kreise der Bundesstaaten auch Anspruch darauf erheben dürfe, daß seine Bedeutung nicht nur nach Nordwesten abgefaßt werde. Mit der Lösung von der russischen Interessensphäre und mit der Selbständigwerdung der an Deutschland angrenzenden Gebiete seien die gegungen, an ein großes Wirtschaftsgelände Anknüpfung zu suchen; dieser könne aber nur von Deutschland ausgehen. Damit erwache dem Reich eine große kulturelle Aufgabe, der kulturelle Rückstand der russischen Grenzländer sei kaum zu beschreiben. Nach dem Vorbilde der Ratenstädte deutscher Städte für das heimgeleitete Ostpreußen möchten sich auch Ratenstädte der deutschen Bundesstaaten für die neuen Grenzstaaten bilden, um dort die Kultur zu fördern. Unter den größeren Bundesstaaten bleibe nur Sachsen zur Lösung der bedeutungsvollen Aufgabe. Wenn sich Sachsen bei der Lösung dieser Frage ablehnend verhalten wolle, so würde dies wahrscheinlich für seine Zukunftstellung im Reiche von verhängnisvoller Bedeutung sein. Man brauche nur an die Textilindustrie zu erinnern, die durch die Schafwoll und den entwidelten Hochbau der neuen Ratenstädte profitieren könnte. Auch für den sächsischen Verwaltungsförderung könnte eine Erweiterung des Aufgabensbereiches von Vorteil sein. Und so ist denn eine engere Verbindung Sachsens mit Polens ohne weiteres anzusehen.

Es ließe diesen parteilicheren Mumpfs ernst nehmen, wollten wir diese Gedanken auf ihre Nützlichkeit prüfen. Wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß den Deutschen und damit auch den sächsischen Wirtschaftsinteressen am besten gedient wäre, wenn wir es verständen, wegen der russischen Randländer zunächst mit Aufbruch zu einer Verständigung zu kommen, die keine Wehrungsmaßnahmen zurüßläßt. Dann aber, wenn es im Interesse eines dauernden Friedens notwendig, daß auch die selbständig gewordenen Staaten völlig über ihre innere Gestaltung verfügen können, daß sie also in der Lage sind, sich durchaus ungestört ihre innere Staats- und Regierungsreform zu wahlen. Erfolg hat sich in den ersten Tagen seiner Selbständigkeit zu einer freien Republik erklärt. Und es sei die böse Frage Entscheidung nicht auch fernhin Anknüpfung an Aufbruch suchen würde, wollen wir dahnstellen nicht lassen. Das gilt aber auch für die übrigen neuen Randstaaten, Staaten einbringen. Das wirtschaftliche Leben des Deutschen Reiches würde jedenfalls durch die mit Aufbruch zu einem Staatenbunde vereinigten selbständigen Republiken weit mehr profitieren, als durch die Rücknahme künstlicher Staaten, denen man als Mittel zum Zweck Fürsten aus deutschen Bundesstaaten aufstrotzt.

## Eine französische Enthüllung.

Frankreich feierte am Freitag die Erinnerung an den Prolet der Elch-Bohrer in der Nationalversammlung in Bordeaux am 1. März 1871. In Paris fand die Feier in der Sorbonne, in Anwesenheit Poincaré statt. Es sprachen zahlreiche Redner, unter ihnen auch Ministerpräsident Clemenceau, der zum Vertrauen aufforderte, denn die Stunde der Verwirklichung sei nahe. Besonders Interesse aber forderte die Rede des Außenministers Stephen Wilson, die von Poincaré ausführlich weitergegeben wird. Wilson las u. a. einen Brief Wilhelm I. an die Kaiserin Eugenie vom 26. Oktober 1870, in dem es heißt:

Kaddein Deutschland unannehme Opfer für seine Verteidigung gebracht hat, wünscht es die Sicherheit zu haben, daß der nächste Krieg es besser vorbereitet findet, um den Angriff abzuwehren, mit welchem wir rechnen müssen, sobald Frankreich zerfallen sein und Bundesgenossen haben wird. Dieser traurige Grund und nicht etwa der Wunsch, das Vaterland zu vergrößern, dessen Gebiet gerade wenig ist, zwingt mich, auf Gebietsabtretungen zu bestehen, welche keinen anderen Zweck haben, als den Ausgangspunkt der französischen Armee zu rüdzubewegen, die uns in Zukunft angreifen werden könnte.

Herr Wilson erklärte dann, Deutschland habe in der Stunde, in der es den gegenwärtigen Krieg herbeiführt, Frankreich entfremden wollen und möchte um Amed des Reiches eine Entschädigung, die wenn sie edel ist, allerdings sehr großes Aufsehen erregen wird. Der Minister laute:

Ich stelle dies fest durch die Entdeckung eines Schriftstückes, das die deutsche Reichsregierung nach seiner Abfassung sofort in tiefen Geheimnis ihrer geheimen Archive aufbewahrt. Wir kennen es erst seit kurzer Zeit. Seine Echtheit ist unbestreitbar. Es trägt die Unterschrift des von Bismarck gefaßten vom 31. Juli 1914. Man weiß vor allem aus der amtlichen Bestimmung im deutschen Reichsarchiv, daß der Reichskanzler an dem Tage, als er Herrn von Scherz beauftragte, um den Zustand der drohenden Kriegsverhandlungen zwischen Rußland bekanntzugeben, keinen Nachhaken aufgefördert hatte, uns zu erlauben, neutral zu bleiben und uns für die Antwort eine Frist von achtzig Stunden zu gewähren.

Was man nicht weiß, und was ich enthülle, das ist, daß das Telegramm, das diese Anweisungen enthielt, mit diesen Worten schloß:

Wenn die französische Regierung erklärt, daß sie neutral bleibt, so wollen Sie mir mitteilen, daß wir als Gegenleistung für die Neutralität die

Übergabe der Funktionen auf uns und Verbann verlangen müssen, die wir befehlen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland wieder zurückgeben würden. Die Antwort auf die letztere Frage muß vor Sonnenabgang am vier Uhr hier sein.

Das ist die Art, wie Deutschland den Frieden im Augenblick wollte, in dem es den Krieg erklärte. Da sehen wir, wie aufrichtig es ist, wenn es behauptet, daß wir es gewunnen haben, die Waffen zu seiner Verteidigung zu ergreifen. Das ist der Preis, mit dem es beabsichtigt, uns für unsere Wildigkeit zahlen zu lassen. für den Fall, daß wir so gemein gewesen wären, ihm das verhängnisvolle Aufsehen aufzulockern und unsere Wildheit zu verlegen wie Preußen die letzten Jahre verlegen, indem es den Vertrag zerbrach, der die belagerte Neutralität gewährleistete.

Die Berliner Tagesblatt vom „zufälliger Seite“ erzählt, sollen die Mittelungen Wilsons über das Bestimmung Telegramm vom 31. Juli 1914 im wesentlichen richtig sein. Im übrigen wird eine objektive Erörterung der Vorgänge vor dem Kriege einer Beendigung des Krieges möglich sein.

## Austausch der Kriegsgefangenen zwischen Rußland und Deutschland.

Ansichts der dem Frieden zubringenden Entwicklung in Rußland ist die Hoffnung auf Austausch der Gefangenen in größerer Nähe gerückt. Unter Tote würde sich aber einem allzu großen Optimismus hingeben, wenn es sich den Austausch der Gefangenen als mit dem Friedensschluß unmittelbar beschließen lassen sollte. In vielen Fällen ist die Befreiung der Gefangenen durch die russischen Kriegsgefangenen in die Heimat und umgekehrt die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen nach Rußland besteht heißt werden wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Fest heißt, daß die deutschen Unterabteilungen, besonders die Kommission in Petersburg, alles daran setzen, um die in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen möglichst bald ihre Heimat wiederzugeben. Allen auch wenn alle in diesem Hinsicht, sehr schwierigen Fragen gelöst sein werden, wird im Hinblick auf die großen Entfernungen in Rußland und Sibirien und auf die äußerst mangelhaften Transportverhältnisse in dem in jeder Hinsicht desorganisierten Rußland die Rückführung nicht so rasch erfolgen können, wie der Vale wohl denken und hoffen möchte. Zu berücksichtigen ist auch, daß aus sanitären Gründen die Gefangenen nach erfolgtem Austausch noch nicht sofort in die Heimat entlassen werden können, weil sie wegen der großen Seuchengefahr einige Wochen der Quarantäne im belebten Gebiet werden durchmachen müssen. Das dabei durch gute Quartiere usw. in jeder Weise für sie Sorge getragen werden wird, versteht sich nach den mannigfachen Reden, die sie in der Gefangenschaft für ihr Vaterland erdulden mußten, ganz von selbst.

## Die Lage in Irland.

Wesl, 2. März. Der Times zufolge ist in der irischen Grafschaft Clare der verhängnisvolle Belagerungszustand erklärt worden. Truppen sind mit großer Eile zur Verfügung der Polizei dorthin geschickt worden.

München, 2. März. Nach einer Reutersmeldung ist der Oberbefehlshaber der in Irland befindlichen Streitkräfte Lord French mit seinem Stabe heute in Dublin eingetroffen.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Wesl, 2. März. Im Monat Februar haben die Mittelmächte hier 1006 Offiziere und mehr als 20000 Mann Gefangene gemacht. Diese Zahlen sind verhältnismäßig hohe Stöße und 2 russische Regimenter. An Feute wurden 1353 Gefangene, 2154 Maschinenwaffen eingebracht. Außerdem fielen in Rußland den Deutschen 50 000 Gewehre und während des bisherigen Vormarsches 104 Lokomotiven, 5-6000 Fahrzeuge und 2348 Eisenbahnwagen in die Hände, von denen 704 noch beladen waren.

Wagnau, 2. März. Großes Aufsehen erregt es, daß außer der italienisch-französischen und den Schwazer Fronten seither auch die französisch-spanische Grenze gesperrt worden ist.

München, 2. März. Die deutsche Flotte wird am 4. April dem Festland der Kriegserklärung Amerikas, beginnen. Das Schicksal teilt mit, daß die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten nahezu tausend Millionen Dollar monatlich betragen.

## Der Krieg zur See.

Wesl, 3. März. (Wien). Der australische Kreuzer „U-Boote“ im Mittelmeer und an der Ostküste Englands wiederum 22 000 S.-M.-L. Handelsschiffe zum Opfer. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische Dampfer „Hannover“ von rund 5000 S.-M.-L. und ein viel beladener englischer Dampfer von über 6000 S.-M.-L. Zwei Landdampfer von 5000 und 3000 S.-M.-L. und ein englischer bewaffneter Groß-

dampfer wurden mit Nabung aus leuchtender Sichtung heraus geschossen. Der Esel des Admiralschiffes des Mittelmeeres.

Wien, 2. März. Der Dampfer „Holland“ ist auf eine Mine gelaufen und untergegangen.

Wien, 2. März. Der mit Getreide für die Schweiz beladene spanische Dampfer „Gardiner“, der 1000 Tonnen Weizen, 1010 Tonnen Roggen und 912 Tonnen Weizen an Bord hatte, ist gesunken. Bis zur Stunde liegen über den Untergang nähere Nachrichten noch nicht vor. Es geht noch nicht fest, ob der Dampfer torpediert worden oder auf eine Mine getroffen ist.

## Die historische Entwicklung Bulgariens.



Unsere heutigen Karten zeigen geben unsern Lesern ein Bild von dem Entstehung und Aufblühen Bulgariens im frühen Mittelalter, von seiner ersten Mächtigkeit, den Wiedereerben, den fünf-hundertjährigen Schlaf unter türkischer Herrschaft und dem raschen Wiedereerben zu neuem Leben, das in unsere Tage gefallen ist. Die Bulgaren sind unter dem Jaren Simeon um das Jahr 680 in die Balkanhalbinsel eingedrungen und haben sich hier niedergelassen. Die Dobrußja ist also gleichsam die Wiege des bulgarischen Reiches gewesen und hieraus erklärt sich in erster Linie das Vordringen der Bulgaren, die Dobrußja wieder ganz und ungeteilt ihre eigenen nennen zu können. Ist sie doch bis zum Berliner Vertrag von 1878 stets als das bulgarische Stammland anerkannt worden. Von der Dobrußja dehnten sich die Bulgaren nach Westen und Süden aus und durch Vertrag mit Konstantin IV. von Byzanz wurde ihnen die auf unserer Karte verzeichnete Vorzugzone gegeben, während Simeons Nachfolger Terzel sich auch das Gebiet von Vidin bis zum Timokfluß im Westen und im Süden die Linie bis in die Gegend von Sofia, Philippopol und Würgas sicherte. Die folgenden Jaren dehnten den Machtbereich Bulgariens nach nach Norden, Westen und Süden aus und so finden wir auf unserer Karte die im Jahr 864 betrift, den südlichen Teil Ungarns, ganz Rumänien, Süd-Boharmen, Belgrad, Kiew und Magyaren bis hinter Odessa im betrieblig gelohnten ungeteilt Besitz Bulgariens. Es war dies die Zeit der ersten Blüte Bulgariens unter dem Jaren Boris I., unter dem die Bulgaren das Christentum annahmen. Unter seinem Nachfolger Simeon wurden die Bulgaren unter dem Trude der Völkerverwanderung genötigt, die Teile ihres Landes jenseits der Donau an die Magyaren und Westslaven zu überlassen, dafür dehnten sie ihre Herrschaft nach Westen und Süden aus, erweirte also an das Adriatische Meer, andererseits bis an die Tore von Karissa und Saloniki.

Die Nachfolger Simeons verminderten sich indessen gegen das wieder erstarbende Byzanz nicht zu behaupten und so gelang es den Byzantinern Kaiser Basilus II. im Jahre 1018 ganz Bulgarien zu unterwerfen. Wie weit das ganze Gebiet indessen damals schon von den Bulgaren feindlich besetzt war, wird am besten durch die Tatsache bezeugt, daß die Byzantiner die Provinz Bulgarien als ungeteilt dem Byzantinischen Reich einliehen. Doch unsere Karte es veranschaulicht. Im Jahre 1186 erhob Alex I. die Frage der Empörung in Norden, Westen und Südwesten, während auch das alte bulgarische Stammland sich in drei Fürstentümer spaltete. Vidin, Terno und das Ruffenland am Schwarzen Meer. Diese einzelnen Länder konnten den abermächtigen Trude der Türken nicht widerstehen und wurden nacheinander eine Reihe des Siegers.

Bisshinder Jahre waren sie unter türkischer Herrschaft leben müßten, aber nicht hat vermocht, den Charakter des Landes und seiner Bevölkerung zu ändern. Und als dann das große Joch zu locken begann, und aber vor allem in der Religionsfrage die Forderungen nach, dem äußeren und inneren Druke nachzugeben und Zugeländnisse zu machen, erhob die bulgarische Kirche als eine der ersten wieder ihr Haupt und unsere Karte des bulgarischen Ertrags wieder genau, wie weit sich die bulgarische Kirche und





# Aus der Provinz.

## Kind der Schickung.

Wenn es wahr wäre, daß Schickung... Nationalliberalen nicht manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Einem Zufall der nationalliberalen Provinzpresse, den er 'Nationalliberalen Offensivplan' übernahm... Nationalliberalen 'Bundestagsgesandte' Dr. Hülshoff... Die Nationalliberalen sind manuell.

Und in der nationalliberalen Fraktion, wo das Schicksal der Reichsminister aber 'Schüler' des gleichen Wahlsystems... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Der Reichstag. Schickung wurden auf den Wunsch drei... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Die Ausgabe der Judenzinsen für März findet in der Woche vom Montag, dem 4. bis Samstag, dem 9. März 1918 in den hiesigen Marktausschüssen statt.

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Die Ausgabe der Judenzinsen für März findet in der Woche vom Montag, dem 4. bis Samstag, dem 9. März 1918 in den hiesigen Marktausschüssen statt.

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

Wahlrecht. Verändertes Urteil. Wegen Meinungs... Nationalliberalen sind manuell. Was ist überhaupt... Nationalliberalen haben sie sich doch noch nie gewandt...

### Bekanntmachung.

Das im Jahre 1917 beschlossene außerordentliche Parteifreizeitgesetz... Die Vollzeiterordnung.

### Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Judenzinsen für März findet in der Woche vom Montag, dem 4. bis Samstag, dem 9. März 1918 in den hiesigen Marktausschüssen statt.

### Landesverein für Vorgeschichte

Der nächste Vortrag findet am Dienstag, dem 5. März 1918 im Auditorium maximum statt.

### S. H. Schönbach

Matschellengebäude - Schmeerstraße 1. Habe diese Woche einen Wagen eingekauft... Elmadelbäse, Elmadelöpie, Radformen, Miltzaffen, Schüsseln, Müttöpfe, Samortöpfe mit Deckel, Kanadenvöge, Radgeschirre, Wasdervöge, Käsegarnituren, Teller, weiß und blau, Sak Schüsseln, weiß und farbig.

Alte Promenade 11 Leipzig Straße 88. Das Rätsel von Bangalor. Ein ind. Liebesroman in 5 Akten. Irrungen, Wirrungen. Lustspiel in 2 Akten.

Erdarbeiter. Jul. Deuger, Neßau A.-S. Bauführung Kärbitzdorf bei Mouschwitz. werden gesucht durch [916]

Möbel. ganze Schlafzimmern, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderdränke, Verikos, Bettstellen mit Matrizen. Jetzt sehr große Auswahl. Auf Wunsch Ratenschulungen. N. Fuchs. Möbel-Anstaltungs-Gesellschaft [945]

Stadt-Theater. Dienstag, den 5. März. Anfang 7.30 Uhr. Ende 10.45 Uhr. Othello. Oper von Verdi. Mittwoch: Mit-Geliebter. Donnerstag: Meine Frau, die Soldatenspielerin. Freitag: König für einen Tag. Sonnabend nachmitt. Die Entdeckung. Der schwarze Hahn. Abend: Ein Königsmörder.

Kurzwaren, Desserts, Knöpfe, Weißwaren. preiswert [104] im Kaufhaus. H. Elkan, Leipziger Str. 57.







